

Welt am Sonntag 5. Juni 2011



Aberlassene über dem Atomkraftwerk, Windräder am Horizont: Es ist umstritten, ob die Vorteile die Nachteile der ökologischen Energiewende überwiegen

PARLAMENT ÜBERHAUPT BRÜCKEN BEI UNTERSCHREIBUNG VERBODEN NUR FÜR DIE KONTAKT

Was kostet die *Energiewende* wirklich?

Das Umweltministerium rechnet die Kosten der Umstellung klein. Es heißt, die Preise würden kaum steigen. Doch die Industrie schenkt den Prognosen der Regierung keinen Glauben und rechnet lieber mit dem Schlimmsten. Klar ist nur, Versorgungssicherheit gibt es nicht mehr

■ Nach der Atomkraft schießen sich Umweltschützer bereits auf den nächsten Gegner ein: die Braunkohle

■ Ob Chancen oder Risiken der Energiewende überwiegen, ist eine Glaubensfrage, die auch die Wirtschaft entzweit

DANIEL WETZEL

Die Atomkraft in Deutschland war noch nicht ganz tot, da nahmen sich Ökoaktivisten schon die nächste Energiequelle vor: Am Mittwoch dieser Woche baute eine Greenpeace-Truppe im sächsischen Ort Kieritzsch das zehn Meter große Modell eines Braunkohlebagger auf, der bedrohlich auf einen Windpark und ein Dorf aus Pappmaché zurollte. „Deutschland ist erneuerbar – keine neuen Tagebaue“, hieß es auf den Plakaten der Aktivisten auf „Antibraunkohletour“ durch Deutschland. Der „Ausstieg aus der Braunkohle“ müsse „bis spätestens 2030“ geschafft sein.

Braunkohle ist die billigste heimische Energiequelle, die bislang – ebenso wie die Atomkraft – rund ein Viertel zur deutschen Stromversorgung beiträgt. Aber weil bei ihrer Verstromung relativ viel Treibhausgas CO₂ entsteht, soll nach dem Willen der Umweltschützer auch diese Energiequelle möglichst schnell ausgemustert werden.

Zwar warnt die Bundesnetzagentur bereits vor Blackouts, weil nicht einmal klar ist, ob Deutschland überhaupt das Abschalten der Atomkraftwerke verkraftet. Doch das ficht die Umweltschützer nicht an. Sie wollen den Schwung der Anti-Atom-Kampagne gleich zum Kampf gegen die nächste Großtechnik nutzen. Die Umweltorganisation BUND feiert sich auf ihrer Internetseite schon dafür, den Bau von zwölf Kohlekraftwerken verhindert zu haben. Und selbst Bayerns Ministerpräsident Horst Seehofer (CSU) stellte diese Woche noch einmal fest: „Wir bauen in Bayern keine Kohlekraftwerke, dass das ganz klar ist.“

Es sind die bislang günstigsten Energielieferanten der deutschen Volkswirtschaft, die jetzt so schnell wie möglich auf den Müllhaufen der Technikgeschichte entsorgt werden sollen. Dass dafür das Politikziel der Versorgungssicherheit aufgegeben wird, ist nach den Warnungen der Behörden vor drohenden Blackouts zwar offensichtlich. Doch scheint sich in der Politik niemanden dafür ernsthaft zu interessieren. Umstritten ist einstweilen nur noch die Frage nach der Wirtschaftlichkeit der Energiewende. Bringt sie mehr, als sie kostet?

Die Auseinandersetzung hierüber ähnelt einem Grundsatzstreit in Glaubenslicher Erfolg unter die Räder kommen“. Deutschland müsse „darauf achten, dass es sich durch seinen energiepolitischen Sonderweg nicht ins Abseits manövriert“, sagte er der „Welt am Sonntag“.

Welches der beiden Lager Recht behalten wird, kann derzeit niemand sagen. Fest steht nur, dass die Bundesre-

fragen: Umweltschützer und Anti-Atom-Aktivisten berufen sich auf Berechnungen des Bundesumweltministeriums, denen zufolge die Energiewende offenbar äußerst billig zu haben ist. So heißt es im Entwurf zum neuen Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG), das am Montag vom Kabinett verabschiedet werden soll, dass die **Extrakosten** der beschleunigten Energiewende bis 2030 nur 3,5 Milliarden Euro betragen werden: „In der EEG-Umlage schlägt sich dies nur geringfügig mit einem Anstieg von maximal 0,2 Cent pro Kilowattstunden nieder.“

Energieintensive Unternehmen, so der Entwurf aus dem Ressort von Bundesumweltminister Norbert Röttgen (CDU), würden von „besonderen Ausgleichsregelungen“ profitieren und deshalb „gar nicht oder nur in sehr geringem Umfang betroffen“ sein. Und die Kostensteigerung für private Haushalte werde von heute 6,50 Euro pro Monat „auf höchstens 9 Euro im Jahr 2015 steigen, um danach bis 2030 deutlich bis auf etwa 2 Euro pro Monat zurückgehen“.

„Ökostrom kostet heute viermal soviel wie Atom- und Kohlestrom“

Gibt es die Energiewende fast zum Nulltarif? Kostenprognosen des Bundesumweltministeriums waren bislang alles andere als verlässlich. Noch 2007 etwa hatte das Ministerium vorausgesagt, dass die EEG-Umlage zur Förderung des Ökostroms 2016 ihr Maximum bei 1,6 Cent pro Kilowattstunde erreichen werde. Tatsächlich liegt die von den Verbrauchern zu zahlende Umlage bereits heute, fünf Jahre früher, mehr als doppelt so hoch bei 3,5 Cent.

Die Formulierung im aktuellem Gesetzentwurf täuscht auch darüber hinweg, dass die genannten Summen zusätzlich zu den Kosten des bestehenden Erneuerbare-Energien-Gesetzes hinzukommen. Und die sind bereits gewaltig: Allein im vergangenen Jahr haben die deutschen Haushalte den Ökostrom mit knapp neun Milliarden Euro subventioniert. Hinzu kommen die bereits aufgelaufenen Zahlungsverpflichtungen über 85 Milliarden Euro, die der deutsche Verbraucher über die nächsten 20 Jahre an die Besitzer von Solaranlagen abführen muss. Zweistellige Milliardenbeträge für den Ausbau der Übertragungs- und Verteilnetze sind noch nicht enthalten.

Kritiker der Kostenentwicklung werden schnell mit dem Hinweis mundtot gemacht, die Vergütungssätze für Ökostrom im EEG seien ja „degressiv“ angelegt und würden Jahr für Jahr sinken. Verschwiegen wird dabei allerdings, dass eine Ökostrombranche nur leise zu stöhnerung mit ihrer energiepolitischen Wende alles auf ein Blatt gesetzt und die Zukunftsfähigkeit des Industriestandortes zum Wettstreit erklärt hat. Der Gewinn kann hoch sein, ebenso der Verlust. „Da man keine Wahl hat, muss man Optimist sein“, sagt Bundeswirtschaftsminister Philipp Rösler (FDP): „Ich sehe

nen braucht, und die Degression wird von der Politik ausgesetzt und in eine Subventionssteigerung umgekehrt. So geschehen etwa bei der Offshore-Windenergie, die früher einmal mit neun Cent pro Kilowattstunde vergütet wurde, inzwischen aber 13 Cent bekommt – und mit der anstehenden EEG-Novelle wohl noch einmal einen Nachschlag erhält.

Hinzu kommt, dass ausgerechnet die teuerste und ertragsschwächste Ökostrom-Technik, die Fotovoltaik, aufgrund politischer Vorlieben am stärksten gefördert wird. So kann es nicht überraschen, dass die durchschnittliche Vergütung für eine Kilowattstunde Ökostrom seit dem Jahr 2000 trotz Degression kontinuierlich gestiegen ist, von früher einmal 8,5 Cent auf heute bereits 15,4 Cent. Strom aus Atom- und Braunkohlekraftwerken ist an der Börse demgegenüber für drei bis vier Cent pro Kilowattstunde zu haben.

Die Industrie schenkt der Bundesregierung deshalb auch wenig Glauben. Nach Berechnungen des Verbandes der Industriellen Kraftwirtschaft (ViK) dürfte die Ökostrom-Förderung den Börsenpreis für Elektrizität in den nächsten vier Jahren um knapp 90 Prozent verteuern. Damit hätten die Unternehmen 2015 eine Last von 8,5 Milliarden Euro zusätzlich zu tragen. Es sei zwar richtig, dass die besonders stromhungrigen Betriebe von der Ökostrom-Subventionierung weitgehend befreit sind, gibt ViK-Hauptgeschäftsführerin Annette Loske zu. Nur: Das betreffe gerade 590 der rund 120 000 deutschen Industrieunternehmen. „Für die allergrößte Mehrheit der deutschen Unternehmen schlagen die Zusatzkosten voll zu Buche.“

Ob die Vorteile der von der Politik eingeleiteten Energiewende immerhin langfristig überwiegen, ist eine Glaubensfrage, die auch die Wirtschaft entzweit. Siemens-Chef Peter Löscher etwa erwartet vom Atomausstieg einen „Auftragsschub“, weil sein Konzern zu den führenden Anbietern von Netztechnik und „sauberen Gaskraftwerken“ gehöre. Auch die deutsche Bauindustrie wittert „Milliardenaufträge“, weil neue Gaskraftwerke und Windkraftfundamente gebaut werden müssen: „Wenn man die Kernkraftbrücke abbricht, braucht man eine neue Brücke“, frohlockt Heiko Stiepelmann, Geschäftsführer der Deutschen Bauindustrie. Und der Zentralverband des deutschen Handwerks erwartet nach Aussage seines Generalsekretärs Holger Schwannecke „einen Riesenschub“ wegen des geplanten Gebäudesanierungsprogramms.

Dem Chor der Energiewende-Enthusiasten stehen allerdings nicht minder prominente Mahner gegenüber. Der jüngst ausgeschiedene BASF-Chef Jürgen Hambrecht etwa befürchtet wegen steigender Energiekosten Deutschlands „schleichende De-Industrialisierung“. Und Hans-Peter Keitel, Präsident des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI), glaubt, bei einer übereilten Energiewende könne „unser wirtschaftliche Energiewende daher als Chance für Deutschland.“ Diesen Zweckoptimismus mag Jürgen Großmann, Chef des Energieriesen RWE, nicht teilen: „Wir machen Experimente mit der Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft – mit ungewissem Ausgang. Darüber mache nicht nur ich mir Sorgen.“